

"Die zehn deutsch-französischen Dringlichkeiten für Europa"

Joachim Bitterlich - 19 Dez 2023

Von der Forschung bis zur Verteidigung, von der Energie bis zur Außenpolitik: Der ehemalige deutsche Botschafter Joachim Bitterlich liefert einige Ansätze, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen.



[Neuigkeiten](#) | [Stiftung](#) | [Europäischer Rat](#) | [Kommission](#) | [Parlament](#) | [Rat der Europäischen Union](#) |

[Trilogie](#) | [Diplomatie](#) | [EZB](#) | [Deutschland](#) | [Polen](#) | [Slowakei](#) |

[Albanien](#) | [Serbien](#) | [Schweiz](#) | [Russland](#) | [Ukraine](#) | [UNO](#) |

[Eurobarometer](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Wenn die Ukraine sich dem Westen annähert

Die vorangegangenen Erweiterungen haben es ganzen Gesellschaften, deren Entwicklung unter totalitärer Herrschaft zum Stillstand gekommen war, ermöglicht, den Weg zu Demokratie, Modernität und Wohlstand einzuschlagen, wie es kein anderes Beispiel in der Welt vermag, schreibt Jean-Dominique Giuliani nach der Entscheidung der Europäischen Union, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldawien zu eröffnen. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



Schuman Network, europäische Ideenplattform

Das Schuman Network soll die Debatte und Reflexion über europäische Themen fördern. Es gibt zahlreiche Beiträge von Think Tanks zur internationalen Lage, den bevorstehenden Europawahlen und den anstehenden Fragen und Herausforderungen, wie z.B. die Beiträge von IFRI, EUISS und dem European Institute of Romania, die kürzlich online gestellt wurden. Weitere werden folgen. [Fortsetzung](#)



Europäische Konjunkturprogramme: Zahlen und Prioritäten

Um auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie zu reagieren, hat die Europäische Union einen Konjunkturfonds in Höhe von 672,5 Mrd. € eingerichtet. Am 13. Dezember beurteilte die Kommission den dritten und vierten Zahlungsantrag Portugals in Höhe von 3,17 Mrd. € positiv. Am 14. Dezember erhielt sie den ersten Zahlungsantrag Polens über 6,3 Mrd. EUR. Die Stiftung bietet Ihnen eine interaktive Karte der Pläne für jedes Land, um sich über die Beträge und Zeitpläne zu informieren. [Fortsetzung](#)

■ Europäischer Rat :



Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen auf ihrem Treffen am 14. und 15. Dezember, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldawien aufzunehmen, Georgien den Status eines Kandidatenlandes zuzuerkennen und zogen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina unter bestimmten Bedingungen in Betracht. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich nicht auf eine Reform des mehrjährigen Finanzrahmens einigen, einschließlich einer Hilfe von 50 Milliarden € für die Ukraine. Sie stimmten dem 12. Sanktionspaket gegen Russland zu. Sie tauschten sich über die Lage im Nahen Osten und über Sicherheits- und Verteidigungsfragen aus. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Liste kritischer Medikamente

Die Kommission hat am 12. Dezember die erste Liste kritischer Arzneimittel veröffentlicht. 200 Wirkstoffe wurden als kritisch bezeichnet, und die Kommission wird eine ununterbrochene Versorgung mit diesen Stoffen sicherstellen müssen. Die Liste wird jedes Jahr mit Hilfe der Europäischen Arzneimittelagentur und der nationalen Agenturen aktualisiert. [Fortsetzung](#)



Abbau von grenzüberschreitenden administrativen Hindernissen

Die Kommission legte am 12. Dezember eine Verordnung vor, die darauf abzielt, administrative Unterschiede in grenzüberschreitenden Regionen zu verringern. Die Kommission möchte die Zusammenarbeit erleichtern, um die Wirtschaft in diesen Regionen anzukurbeln, aber auch um den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen oder die Reaktion auf Krisen zu verbessern. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Verteidigung der Demokratie und Kampf gegen ausländische Einflüsse

Die Kommission legte am 12. Dezember im Vorfeld der Europawahlen im Juni 2024 Vorschläge vor, um die demokratischen Prozesse in Europa vor Destabilisierungen durch böswillige externe Akteure zu schützen. Gemäß der vorgeschlagenen Verordnung werden alle Akteure, die Einflusskampagnen in der EU durchführen, ihre ausländische Finanzierung transparent offenlegen müssen. Die Kommission legt außerdem Empfehlungen zur Bekämpfung von Bedrohungen für Wahlprozesse, einschließlich Cyberangriffen, fest. [Fortsetzung](#)



Freigabe eines Teils der EU-Mittel für Ungarn

Am 13. Dezember kündigte die Kommission die Freigabe eines Teils der für Ungarn vorgesehenen EU-Fonds an, deren Auszahlung von Reformen des Justizsystems abhängig gemacht worden war. Die Kommission ist der Ansicht, dass die Reformen das Land ausreichend mit der Europäischen Menschenrechtscharta in Einklang bringen und die Auszahlung von etwa 10 Milliarden Euro ermöglichen. Die Mittel aus dem Kohäsionsfonds und dem Europäischen Konjunkturprogramm, in Höhe von 21 Milliarden €, deren Auszahlung an Reformen der Rechtsstaatlichkeit geknüpft ist, bleiben vorerst blockiert. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Parlament :



Verleihung des Sacharow-Preises

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, überreichte am 12. Dezember den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2023 an Saleh Nikbakht, den Anwalt der Familie der posthumen Preisträgerin Jina Mahsa Amini, und an zwei Vertreterinnen der Bewegung "Frau, Leben, Freiheit" im Iran. Der Tod von Mahsa Amini nach ihrer Verhaftung wegen Verstoßes gegen die iranischen Gesetze zum Tragen von Kopftüchern im September 2022 war das auslösende Ereignis für die Emanzipationsbewegung der iranischen Frauen. [Fortsetzung](#)



Pedro Sanchez zieht Bilanz über die sechs Monate der spanischen Ratspräsidentschaft

Der spanische Premierminister, Pedro Sanchez, zog am 15. Dezember eine Bilanz der sechsmonatigen spanischen Ratspräsidentschaft. Er betonte die Fortschritte, die bei der strategischen Autonomie Europas durch die Reindustrialisierung erzielt wurden, und forderte eine Stärkung der europäischen Einheit, um eine größere Rolle in internationalen Angelegenheiten zu übernehmen. [Fortsetzung](#)



Vorschlag für die Europawahlen

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments forderten am 12. Dezember, dass die Person, die den Vorsitz der Kommission übernehmen wird, auf der Grundlage des Ergebnisses der Europawahlen ausgewählt werden soll. Sie schlagen weitere Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Dimension der Wahlen vor, wie z. B. neue Regeln für europäische politische Parteien und eine politische Vereinbarung zwischen den Mehrheitsparteien am Tag nach der Wahl, um ein Arbeitsprogramm für die Legislaturperiode zu erstellen. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Verabschiedung der Verordnung über kritische Rohstoffe

Das Europäische Parlament hat am 12. Dezember die Verordnung über kritische Rohstoffe verabschiedet, die die Fähigkeit der EU verbessern soll, sich mit Rohstoffen zu versorgen, die für den ökologischen und digitalen Wandel wichtig sind. Die Verordnung erstellt eine strategische Liste, setzt Ziele für Abbau, Veredelung und Recycling sowie für die Diversifizierung der Lieferländer. Die Rechtsvorschrift tritt nach ihrer endgültigen Annahme durch den Rat in Kraft. [Fortsetzung](#)



Regeln zur Anerkennung der Abstammung

Am 14. Dezember stimmten die Abgeordneten für einen Verordnungsentwurf, der die Anerkennung der Abstammung auf europäischer Ebene harmonisieren soll. Wenn ein Mitgliedstaat eine Abstammung anerkennt, müssen die anderen Staaten diese systematisch anerkennen, unabhängig davon, wie das Kind gezeugt oder geboren wurde oder welche Familie es hat. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Treffen der Landwirtschafts- und Fischereiminister

Die Landwirtschaftsminister diskutierten am 10. Dezember die Verordnung über Genomiktechniken in der Landwirtschaft, die nationalen Strategiepläne für die GAP und einen Vorschlag für eine Verordnung über Pestizide. Am 11. und 12. Dezember einigten sich die Fischereiminister auf die Fangquoten für 2024. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Treffen der Umweltminister

Die Umweltminister erzielten am 18. Dezember eine Einigung bezüglich der Verordnung über Verpackungsabfälle. Sie diskutierten auch über die Gesetzgebung zur Bodengesundheit und die Schaffung eines europäischen Rahmens für die Überwachung der Wälder. [Fortsetzung](#)

■ Trilogie :



Reform des Strommarktes

Das Parlament und der Rat erzielten am 13. Dezember eine Einigung über eine Reform des Strommarktes, um die Verbraucher vor Preissteigerungen zu schützen und die Entwicklung kohlenstofffreier Energien zu beschleunigen. [Fortsetzung](#)



Unternehmensverantwortung und Änderung der Solvency II-Richtlinie

Das Parlament und der Rat erzielten am 14. Dezember eine Einigung über die Unternehmensverantwortung. Die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht wird Unternehmen für Menschenrechts- und Umweltverletzungen entlang ihrer Wertschöpfungskette verantwortlich machen und die Richtlinie über fehlerhafte Produkte wird den Schutz und die Entschädigung von Verbrauchern, die durch ein fehlerhaftes Produkt geschädigt wurden, verbessern. Am selben Tag erzielten sie auch eine Einigung über die Überarbeitung der Solvency-II-Richtlinie, die den Rahmen für den Versicherungsbereich bildet. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Bekämpfung der Geldwäsche und Einziehung von Geldern aus Straftaten

Das Parlament und der Rat erzielten am 13. Dezember eine Einigung über die Schaffung einer europäischen Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche mit dem Namen AMLA (Anti-money laundering authority). Am 12. Dezember einigten sie sich auf europäische Regeln für das Einfrieren und die Einziehung von kriminellen Vermögenswerten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Freiheit der Medien

Am 15. Dezember erzielten das Parlament und der Rat eine Einigung über die Gesetzgebung für Medienfreiheit, die einen EU-Rahmen zum Schutz von Journalisten vor politischer Einmischung schafft. Die Kommission wird bei der Umsetzung von einem Europäischen Rat für Mediendienste unterstützt, der sich aus Vertretern der nationalen Agenturen zusammensetzt. [Fortsetzung](#)



Vereinbarung über einen Rechtsrahmen für Stoffe menschlichen Ursprungs

Das Parlament und der Rat erzielten am 14. Dezember eine Einigung über einen Rechtsrahmen für die medizinische Verwendung von Blut, Gewebe und Zellen. Ziel ist es, europäische Qualitäts- und Sicherheitsstandards für diese Substanzen festzulegen und den Austausch zwischen den Mitgliedstaaten je nach Bedarf zu verbessern. Die Verordnung erweitert außerdem das Spektrum der Substanzen menschlichen Ursprungs auf Muttermilch und Darmmikrobiota. [Fortsetzung](#)



Status von Plattformarbeitern

Das Parlament und der Rat erzielten am 12. Dezember eine Einigung über die Richtlinie über die Rechte von Arbeitnehmern auf digitalen Plattformen. Der Text definiert die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, nach denen Arbeitnehmer als Angestellte von Plattformen und nicht als Kleinstunternehmer betrachtet werden sollen. Außerdem dürfen Plattformen bei der Personalverwaltung nicht länger algorithmische Verarbeitung für bestimmte Daten von Arbeitnehmern praktizieren. [Fortsetzung](#)

■ Diplomatie :



Treffen der Außenminister

Die Außenminister diskutierten am 11. Dezember über die russische Aggression in der Ukraine, die Lage im Nahen Osten und die Sicherheit in der Sahelzone. Die Minister billigten außerdem Schlussfolgerungen zur zivilen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und starteten offiziell eine GSVP-Initiative zur Unterstützung von vier Ländern am Golf von Guinea. [Fortsetzung](#)



Gipfeltreffen mit den westlichen Balkanstaaten

Die 27 Staats- und Regierungschefs trafen am 13. Dezember mit ihren sechs Amtskollegen aus den westlichen Balkanstaaten zusammen. Sie verabschiedeten eine Erklärung, in der sie an die europäische Perspektive der Länder der Region erinnerten, vorbehaltlich interner Reformen, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Die Staats- und Regierungschefs forderten eine vollständige Angleichung der Außenpolitik und eine Beschleunigung der regionalen Zusammenarbeit. [Fortsetzung - Andere Links](#)



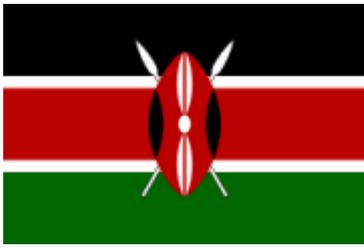
Treffen der Östlichen Partnerschaft

Die 27 Außenminister trafen sich am 11. Dezember mit ihren Amtskollegen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Sie forderten Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine und eine verstärkte Zusammenarbeit. Die Minister erklärten, sie seien bestrebt, bis 2024 konkrete Ergebnisse zu erzielen, insbesondere in den Bereichen regionales Roaming, Straßenverkehrssicherheit und Verkehr. [Fortsetzung](#)



Handels- und Politikabkommen mit Chile

Die Kommission unterzeichnete am 13. Dezember mit Chile ein fortgeschrittenes Rahmenabkommen über politische Zusammenarbeit und ein Handelsabkommen. Ziel ist es, Handel und Investitionen zu fördern und gleichzeitig gemeinsame Werte zu verteidigen, insbesondere was den Kampf gegen den Klimawandel angeht. Das Abkommen muss nun vom Parlament gebilligt und vom Rat angenommen werden. [Fortsetzung](#)



Unterzeichnung des Handelsabkommens mit Kenia

Kenia und die Europäische Union haben am 18. Dezember ein Handelsabkommen unterzeichnet, das seit 2016 das erste umfassende Abkommen mit einem Land auf dem afrikanischen Kontinent ist. Das

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) garantiert kenianischen Produkten einen zoll- und quotenfreien Zugang zum europäischen Markt und Zollsenkungen für europäische Produkte, die in das ostafrikanische Land geliefert werden. [Fortsetzung](#)

■ EZB :



Die Zinssätze bleiben unverändert - vorerst

Der EZB-Rat beschloss am 14. Dezember, die drei Leitzinssätze unverändert zu lassen. Nach seinen Schätzungen wird die Inflation kurzfristig wieder steigen, ihren allmählichen Rückgang jedoch fortsetzen, um bis 2025 das Ziel von 2% zu erreichen. [Fortsetzung](#)

■ Deutschland :



Revision des Haushalts

Die deutsche Regierungskoalition einigte sich am 13. Dezember auf einen Haushaltsplan, nur wenige Wochen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, worin es die Ausgabenfinanzierung über Sonderfonds für ungültig erklärte. Das Budget des Klima- und Transformationsfonds wird bis 2024 um 12 Milliarden und bis 2027 um 45 Milliarden gekürzt. Die Unterstützung der Ukraine bleibt jedoch eine Regierungspriorität, und der Betrag könnte sogar noch erhöht werden. [Fortsetzung](#)

■ Polen :



Neue polnische Regierung

Am 13. Dezember ernannte der polnische Präsident Andrzej Duda (PiS) Donald Tusk (PO) offiziell zum Vorsitzenden des Ministerrats. Dieser umgab sich mit einer Allparteienregierung, die pro-europäisch ist und 9 Frauen unter den 26 Ministern umfasst. [Fortsetzung](#)

■ Slowakei :



Entwurf zur Reform des Strafgesetzbuches untergräbt die Rechtsstaatlichkeit

Die Europäische Staatsanwaltschaft stellte am 18. Dezember fest, dass die Pläne zur Reform des Strafgesetzbuches in der Slowakei "ein ernsthaftes Risiko einer Verletzung der Rechtsstaatlichkeit" darstellen. Die Leiterin der Staatsanwaltschaft, Laura Kövesi, richtete einen Brief an die Europäische Kommission wegen dieser von der Regierung vorgeschlagenen Reformen, die eine Lockerung der Strafen für Korruption und Wirtschaftsdelikte, die Abschaffung des Schutzes von Whistleblowern und die Abschaffung der Staatsanwaltschaft, die sich mit Fällen von Korruption auf hoher Ebene und organisierter Kriminalität befasst, betreffen. [Fortsetzung](#)

■ Albanien :



Aussetzung des Migrationsabkommens mit Italien

Am 13. Dezember setzte das albanische Verfassungsgericht die Ratifizierung eines mit Italien unterzeichneten Abkommens über die Verlagerung eines Teils der in Italien gestellten Asylanträge nach Albanien aus. Das Abkommen war von Abgeordneten der albanischen Opposition mit der Begründung angefochten worden, dass es gegen die Verfassung und internationale Verträge verstoße. Das Gericht hat bis zum 6. März 2024 Zeit, ein endgültiges Urteil zu formulieren. [Fortsetzung](#)

■ Serbien :



Ergebnisse der Parlaments- und Kommunalwahlen

Die Serbische Progressive Partei (SNS) von Präsident Aleksandar Vucic gewann die Parlamentswahlen, die am 17. Dezember im Land abgehalten wurden, mit 46,7% der Stimmen gegenüber 23,58% der Opposition, die sich unter dem Banner "Serbien gegen Gewalt" zusammengeschlossen hatte. Tausende Serben protestierten am 18. Dezember vor der Wahlkommission (RIK) und forderten die Annullierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen in Belgrad, da die Wahl laut internationalen Beobachtern durch "Stimmenkauf" und "Urnenstau" betrügerisch gewesen sein soll. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Schweiz :



Mandat für Verhandlungen mit der Europäischen Union

Am 13. Dezember wählte das aus den Wahlen vom 22. Oktober hervorgegangene Parlament die sieben Mitglieder des Bundesrats für eine Amtszeit von vier Jahren. Man wählte die Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte) zur Bundespräsidentin für eine einjährige Amtszeit im Jahr 2024. Am 15. Dezember verabschiedete der Bundesrat den Entwurf des Verhandlungsmandats mit der Europäischen Union für ein neues Rahmenabkommen. Dieses Mandat muss nun vom Parlament und den Kantonen geprüft werden. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Russland :



Sorge um das Schicksal von Alexej Nawalny

Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny, der im August wegen "Extremismus" zu 19 Jahren Haft verurteilt worden war, wurde Berichten zufolge am 15. Dezember in ein Gefängnis mit härteren Bedingungen verlegt. Seine Angehörigen haben seit dem 6. Dezember nichts mehr von ihm gehört. Das französische Außenministerium bezeichnete die Situation als "besorgniserregend". [Fortsetzung](#)



Zwölftes Paket von EU-Sanktionen gegen Russland

Der Rat nahm am 18. Dezember das zwölfte Paket von EU-Sanktionen gegen Russland seit dem Angriff auf die Ukraine an. Das Paket sieht unter anderem Beschränkungen für den Handel mit russischen Diamanten oder Diamanten, die durch Russland transportiert werden, sowie eine Klausel zur Verhinderung der Wiederausfuhr sensibler Güter und bestimmter Technologien aus Drittländern nach Russland vor. Darüber hinaus werden 61 Einzelpersonen und 89 Organisationen auf die Liste der Personen und Organisationen gesetzt, die den Sanktionen unterliegen. [Fortsetzung](#)

■ Ukraine :



Rede von Wolodymyr Selenskyj

Am 15. Dezember bezeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Entscheidung des Europäischen Rates, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen, als "ein wirklich bemerkenswertes Ergebnis für die Ukraine und für ganz Europa". Am 13. Dezember traf er sich mit den Staats- und Regierungschefs von Finnland, Schweden, Dänemark und Island anlässlich des zweiten Gipfeltreffens zwischen der Ukraine und den nordischen Ländern in Oslo. Sie besprachen die wirtschaftliche, militärische und technologische Unterstützung der nordischen Länder für die Ukraine. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ UNO :



Einigung auf der COP28

Die UN-Klimakonferenz endete am 13. Dezember mit einem Abkommen, das den "Anfang vom Ende" der fossilen Brennstoffe markiert. Das Abkommen legte den Rahmen für die Bekämpfung der weltweiten Treibhausgasemissionen und die Umsetzung neuer wirtschaftlicher Praktiken für Regierungen und Unternehmen fest. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Eurobarometer :



Umfrage zu den Sorgen der Bürger

Laut einer am 13. Dezember veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage befürwortet die Mehrheit der EU-Bürger weiterhin Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine. 28% halten die Unterstützung der Ukraine für das wichtigste Thema, 28% sind der Meinung, dass die Einwanderung das wichtigste Thema ist. 70% der Befragten sind der Meinung, dass die Europäische Union ein Ort der Stabilität in einer unruhigen Welt ist, und 61% blicken optimistisch in die Zukunft. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :



The Printmaker's Art in Edinburgh

Die Ausstellung "The Printmaker's Art", die bis zum 25. Februar 2024 in der National Gallery of Scotland zu sehen ist, zeigt 500 Jahre der Geschichte der Druckgrafik, dabei werden Künstler wie Albrecht Dürer, Rembrandt, Hokusai, Andy Warhol und Tracey Emin betrachtet. [Fortsetzung](#)



Ulla von Brandenburg in Madrid

"Espacios de una secuencia" ist eine Ausstellung, die von der deutschen bildenden Künstlerin Ulla von Brandenburg für den Palacio de Velázquez in Madrid geschaffen wurde und bis zum 10. März 2024 läuft. Der Raum wird umgewandelt und wie eine Theaterbühne gestaltet, auf der das Publikum die Hauptrolle spielt. [Fortsetzung](#)



Jürgen Teller in Paris

Bis zum 9. Januar 2024 ist im Grand Palais in Paris die Ausstellung "I need to live" über den deutschen Fotografen Jürgen Teller zu sehen. Die Ausstellung spiegelt die ungewöhnliche Arbeit des Fotografen wieder, der für seine Aufnahmen von Prominenten und seine ikonischen Kampagnen bekannt ist. [Fortsetzung](#)



Textilien und Keramik in Wien

Das Österreichische Museum für angewandte Kunst präsentiert eine Ausstellung über Textilien und Keramik in der zeitgenössischen Kunst. Die Werke von über 40 Künstlern sind bis zum 20. Mai 2024 zu sehen. [Fortsetzung](#)



In Erinnerung an das Krakauer Ghetto

Das Historische Museum in Krakau zeigt bis zum 6. Februar 2024 eine Ausstellung mit dem Titel "Untrampled Memory: My Commemoration of the Krakow Ghetto" (Ungeprägte Erinnerung: Meine Erinnerung an das Krakauer Ghetto). Die Ausstellung zeigt Dokumentar fotografien, die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule unter Anleitung von Experten im Krakauer Ghetto aufgenommen haben und dabei die Geschichte des Ortes kennen lernten. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 18. Dezember 2023

Rat Umwelt (Brüssel)

 19. Dezember 2023

Rat Energie (Brüssel)

 20. Dezember 2023

Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister

 01. Januar 2024

Beginn der belgischen Ratspräsidentschaft



Der Buchstabe n°1049

PDF

auf **Deutsch** -- Ausgabe von Dienstag 19. Dezember 2023

 Ich lade
runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;

Louis Brand, Mila Shay, Romane Wanner,

Loup Panteix, Dayna Osafo, Carole-Louise

Ashby

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur:

Eric Maurice

Publikationschef:

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}